

VORTRAG

Michael Köhlmeier mit
Vortrag zu Gast im TaK

SCHAAN – Am «Funkensonntag», dem 9. März, bietet das Theater am Kirchplatz ein Alternativprogramm. Michael Köhlmeier, der Autor, Germanist und Mythologie-Experte spricht in einer Vortragsmatinee um 11 Uhr unter dem Titel «Der Trojanische Krieg und sein mythologisches Umfeld» über die verwickelte Geschichte des Trojanischen Krieges.

Mit einem Apfel fängt alles an

Es hätte so ein schönes Fest werden können! Alles freut sich mit dem Helden Perseus, der die Meeresgöttin Thetis heiratet. Und damit sich alle freuen können, wurde Eris, die Göttin der Zwietracht, gar nicht erst eingeladen. Das passt Eris natürlich gar nicht, und sie schaut trotzdem vorbei. Sie hat sogar ein Geschenk mitgebracht, einen goldenen Apfel. Den wirft sie auf die Festtafel und sagt, die Schönste solle ihn haben. Hera, Athene und Aphrodite sitzen günstig und greifen zu. Keine will teilen, und so beschliesst Zeus, dass ein neutraler Richter die Sache entscheiden soll. Paris, der Sohn des Königs von Troja, gilt selbst unter den Göttern als der schönste Mensch. Er wird sich also auskennen. Ausserdem ist er mit keiner der Göttinnen liiert, er wird also neutral sein. Aber da macht Aphrodite ihm ein Angebot, zu dem er nicht nein sagen kann ...

Bereits vor zwei Jahren begeisterte Michael Köhlmeier bei einer Matinee im TaKino mit seiner sehr persönlichen Sicht auf die griechische Sagenwelt. Wie kaum ein Zweiter weiss er um die menschlichen und allzu menschlichen Schwächen der Göttinnen und Götter. Wie gefährlich der Wunsch nach einem Apfel sein kann, mussten schon Adam und Eva erfahren. Doch wenn Götter streiten, kommt Leid über die Menschen. Und während man im Olymp längst wieder bei Nektar und Ambrosia feiert, brennt Troja.

Der Vorverkauf hat begonnen

Michael Köhlmeiers Vortrag ist eine



Begleitveranstaltung zur jüngsten TaK-Eigenproduktion. «Hekabe» von Euripides hat am Samstag, 22. März, um 20.09 Uhr Premiere, am Sonntag, 16. März, gibt es um 11 Uhr eine Einführungsmatinee. Der Eintritt zur Veranstaltung am 16. März ist frei. Karten für den Vortrag von Michael Köhlmeier sowie die «Hekabe»-Vorstellungen im März und April gibt es beim TaK-Vorverkauf in der Reberastrasse 10, Schaan, Telefon 237 59 69. Er hat montags bis freitags zwischen 10 und 12 Uhr sowie zwischen 15 und 18 Uhr geöffnet. Ausserhalb dieser Zeit nimmt wie gewohnt der Anrufbeantworter Kartenwünsche an. Eine Bestellung per E-Mail ist unter vorverkauf@tak.li ebenfalls möglich. Die Abendkasse öffnet jeweils eine Stunde vor Beginn der Veranstaltung. (TaK)

MEIN STANDPUNKT

Nur eine Lösung

Felix Näscher spricht sich für ein doppeltes Nein aus

Gleich vorweg sei es gesagt: Ich bin gegen die Fürsteninitiative und gleichermassen gegen die Friedensinitiative. Bei der Abstimmung vom 14. und 16. März trete ich ein für ein doppeltes Nein: Nur dieses erlaubt uns Bewährtes zu erhalten und Neues je nach tatsächlichem Bedarf und gleichzeitig im Konsens tatsächlich aller Kräfte behutsam zu entwickeln.

Die Entwicklung Liechtensteins vom armen Agrarstaat zum hochentwickelten Industrie- und Dienstleistungsstandort wäre undenkbar gewesen ohne die seit 80 Jahren bewährte Machtverteilung zwischen Fürst und Volk. Ob der zukünftigen Entwicklung unseres Landes werweissend sind deshalb alle Liechtensteinerinnen und Liechtensteiner von einem zutiefst überzeugt: Die nachhaltig gedeihliche Entwicklung Liechtensteins ist auch weiterhin mit der Beibehaltung der heutigen, starken Stellung des Monarchen bei der Ausübung der Staatsgeschäfte am besten gewährleistet.

Monarchie steht ausser Frage

Wohl niemand stellt daher die Monarchie oder unser auf zwei Pfeiler – Fürst und Volk – gebautes Staatssystem grundsätzlich in Frage. Denn gerade die in der heute gültigen Verfassung auf die liechtensteinischen Gegebenheiten und Gepflogenheiten hin fein austarierte Machtverteilung machte es für uns möglich, die mausarmen Dreissigerjahre ohne soziales Auseinanderbrechen durchzustehen und einen Weltkrieg mit all seinen inneren und äusseren Wirrungen weitgehend unbeschadet zu überstehen. Dazu haben beide, Fürst und Volk, gleichermassen das ihnen Mögliche beigetragen. Diese Machtverteilung, die sich in schwierigsten Zeiten bewährt und das Volk vor einer inneren Spaltung

geschützt hat, war es auch, welche es uns erlaubte, seit den Sechzigerjahren eine beispiellose wirtschaftliche Entwicklung zu erfahren und gleichzeitig unser Land in die internationale Staatengemeinschaft zu integrieren sowie in dieser die so lange angestrebte Souveränität abzusichern.

Machtverteilung hat sich bewährt

Zur Abstimmung steht am Wochenende des 14. und 16. März zweifellos die Frage, ob diese sich in der ganzen Vergangenheit als segensreich erwiesene Machtverteilung zwischen Fürst und Volk auf Kosten des Volkes zugunsten des Fürsten oder auf Kosten des Fürsten zugunsten des Volkes verschoben werden soll. Und was dabei für Ausenstehende gar völlig unverständlich ist – diese Frage einseitiger Machtverschiebung wird zur Überlebensfrage hochstilisiert, in welcher weder gesellschaftliche noch wirtschaftliche noch sonstige Herausforderungen, welche bei nüchterer Betrachtung als bedrohlich empfunden werden müssten, eine Machtverschiebung zwecks angeblich besseren Funktionierens des Staates erfordern würden: Ein Nein zur Fürsteninitiative und ein Nein zur Friedensinitiative sind daher meine Antwort auf dem Abstimmungszettel – und dieses doppelte Nein ist schliesslich mein neuerliches und eindeutiges Bekenntnis zu der heute in Kraft stehenden Verfassung.

Jede Verfassungsänderung erfordert breiten Konsens

Wie Tausende vor und nach mir habe ich auf die Verfassung von 1921 einen Eid geschworen: eine Verfassung, auf welche sich der Monarch und die ganze Bevölkerung gleichermassen verpflichtet haben. Im Wissen um diese Selbstverpflichtung aller Liechtensteinerinnen und Liechtensteiner zur

Respektierung unserer geltenden Verfassung wünsche ich mir auch eine Selbstverpflichtung aller Liechtensteinerinnen und Liechtensteiner zu einem Miteinander in der zeltgemässen Weiterentwicklung unserer Verfassung von 1921. Ein Grundgesetz, welches nicht im weit überwiegenden gesellschaftlichen Konsens erarbeitet und für rechtens befunden wurde, kann keine Grundlage für ein geordnetes und gedeihliches Mit- und Füreinander unserer Gesellschaft bilden. Beide, die Fürsteninitiative und die Friedensinitiative, entbehren diesen breiten gesellschaftlichen Konsens.

Zeit zur Besinnung, zum Sich-Wiederfinden und zur Erarbeitung eines Einvernehmens ist notwendig. Was wir jetzt brauchen, ist eine gewisse Auszeit – eine Zeit nämlich, um uns gemeinsam darauf zu besinnen, woher wir kommen, wer wir sind, wohin uns die Entwicklung ohne unser Zutun treiben will, wohin dagegen wir wollen und was wir tun müssen, damit wir dorthin kommen, wo wir für uns in Zukunft unseren Platz erhoffen. Zu sehr beherrscht von der politischen Tagesaktualität, zu sehr zur Eile getrieben vom selbst gemachten inneren Druck und zu eng umschlungen von Begriffen wie Macht und Geld scheint sich mir nämlich keine langfristig tragfähige Verfassungsgrundlage aufbauen zu lassen. Jedweder Opportunismus einzelner Gesellschaftsgruppen in der Verfassungsfrage wirkt als würgendes Korsett für Begriffe wie Einbindung aller Kräfte, Offenheit für andere Ansichten und Vertrauen in den guten Willen des Andersdenkenden; jedweder Opportunismus verkommt zum Verrat an der eigenen Überzeugung und untergräbt die Redlichkeit sowie die geistige Schaffenskraft,

das berechnete Selbstverständnis, die bewusst zu lebende Eigenständigkeit und Selbstverantwortung des Volkes. Jedweder kurzfristige Opportunismus nimmt insbesondere auch unserer Jugend die Chance, ihre Zukunft auf der Grundlage solcher Argumente mitzubestimmen, deren Folgen hinsichtlich ihrer langfristigen Auswirkungen in integraler Sicht und im tatsächlichen Wettstreit um die bessere Lösung abgewogen wurden. Was wir zusätzlich brauchen, ist eine gewisse Zeitspanne des Abflauens der Emotionen und der Ängste sowie eine Zeitspanne des gegenseitigen Sich-Wiederfindens und der Sammlung bewährter, unvoreingenommener Kräfte. Was wir jetzt aber vor allem brauchen, sind besonnene Staatsorgane, die sich auszeichnen durch ihr stetes Bemühen, in den existentiellen Fragen unseres Staates auf dem Boden unserer bewährten Verfassung so lange Einvernehmen zu finden, bis die Saat reif ist für die Abstimmung über eine zukünftige, im breitesten Einvernehmen gefundene und im wahrsten Sinne des Wortes gemeinsam erarbeitete Verfassungsvorlage.

Doppeltes Nein hinterlässt keine Verlierer

Ich trete ein für ein doppeltes Nein bei dieser Abstimmung vom 14. und 16. März, weil bei einem Ja – sei es für die eine oder für die andere Vorlage – auf beiden Seiten zu viele Verlierer zurückbleiben: Und mit zu vielen Verlierern wird für die Zukunft kein Staat zu machen sein. Ein doppeltes Nein bietet dagegen die Chance, mit neuen, nicht vom Verliererimage gezeichneten Kräften vom gleichen Startstrich aus den gemeinsam angestrebten Zielstrich harmonisch und unter Wahrung des gegenseitigen Respekts zu erreichen.

Gedanken zum Tag der Kranken

Von Gebhard Näscher, Bändern, alt Präsident des LSB

In der Ausgelassenheit der Fasnacht ist vielen Menschen in Vergessenheit geraten, dass am Sonntag, den 2. März 2003, der diesjährige Tag der Kranken begangen wurde. Nachdem nicht nur im Volksmund gesagt wird, dass Lachen gesund ist, soll für diese «Nachlässigkeit» niemandem ein Vorwurf gemacht werden.

Die Gesundheit steht auf der Wunschliste der Menschen an oberster Stelle. Auf sie trifft besonders zu, dass man erst dann richtig weiss, was man gehabt hat, wenn man sie nicht mehr hat. Eine unerwartete Krankheit, ein Gebrechen oder ein Unfall kann uns plötzlich aus dem alltäglichen Trott reißen. Damit verliert vieles, wovon wir glaubten, dass es von tragender Wichtigkeit sei, seine Bedeutung. Man sieht die Welt aus einem anderen Blickwinkel.

Am Tag der Kranken sind wir aufgefordert, uns die Lebenssituation von kranken oder behin-

derten Mitmenschen bewusst werden zu lassen. Ein Besuch oder ein aufmerksames Gespräch kann diesen Menschen, welche durch ihre besondere Lage oft vom gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen sind, das Gefühl vermitteln, dass sie nicht vergessen wurden.

In diesem Zusammenhang ist es vielleicht angebracht, darüber nachzudenken, was unsere angestrebten Reformen im Gesundheitswesen bewirken werden. In der Überzeugung, dass niemand freiwillig krank ist, haben wir Sicherungswerke auf solidarischer Basis aufgebaut, um die Auswirkungen zu mildern. Unter finanziellen Aspekten sind wir nun versucht, diese Solidarität mit den Kranken aufzugeben. Wenn wir von Selbstverantwortung reden, ist es dann wirklich so, dass wir den Kranken mitteilen wollen, dass sie an ihrer Krankheit selbst schuld sind, dass sie diese vielleicht sogar gewollt haben?

Es ist allgemein anerkannt, dass

Gesundheit sich nicht nur durch die Abwesenheit von Krankheit definiert. Unter Gesundheit ist in ganzheitlicher Weise das körperliche, seelische und soziale Wohlbefinden zu verstehen. Es bedarf keiner grossen Untersuchungen um festzustellen, dass persönliche Krisensituationen und gesellschaftliche Zustände krank machen können. Es sei in diesem Zusammenhang auf die Auswirkungen von Arbeitslosigkeit oder auf die gesellschaftlichen Bedingungen für die Entstehung von Depression und Angst hingewiesen.

Es würde zu weit führen, hier auf die angesprochenen Aspekte im Detail einzugehen. Eine Frage sollte aber erlaubt sein: Haben wir uns Gedanken darüber gemacht, dass die Arbeitslosigkeit wahrscheinlich auch in unserem Land, mit der üblichen zeitlichen Verzögerung gegenüber dem Ausland, anwachsen wird, und dass damit auch die Auswirkungen auf unser Gesundheitswesen zunehmen werden? Werden wir

der Versuchung, das Problem zu individualisieren und den einzelnen Menschen als selbst verantwortlich zu bezeichnen, widerstehen können?

Auf ein gesellschaftliches Phänomen sei abschliessend kurz hingewiesen. Die derzeitige öffentliche Diskussion um die Verfassungsinitiativen ist geeignet, das soziale Klima zu verschlechtern. Gegenseitige Achtung der Person, Respekt und Wertschätzung drohen in der Heftigkeit der Auseinandersetzung verloren zu gehen. Wollen wir die Grundwerte Liechtensteins und das in den letzten 60 Jahren gemeinsam Geschaffene und Aufgebaute mit einem Schlag ruinieren? Wie wollen die gesellschaftlichen Exponenten nach der Abstimmung wieder zusammenarbeiten können, wenn sie sich zuvor unredlicher Motive bezichtigt haben? Ausserdem: Wie würden sich die Prioritäten verschieben, wenn wir die Streitpunkte aus der Sicht eines kranken Menschen betrachten würden?